



M i l l b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1,76 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 39 bei der Oberamtspostkasse Reutenburg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Daberle & Co., Wildbad; Württembergischer Gemeindefondsverein Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile über deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Stellenergebnisse 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Auskunftsverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktverträgen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeitsvermutung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Haus Dörmner.

Nummer 18 Feiertag 479 Freitag den 23. Januar 1931 Feiertag 479 66. Jahrgang.

Krad im Haushaltsschub

Berlin, 22. Januar. Bei der Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums im Hauptausschuß des Reichstags griff Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) die Nationalsozialisten heftig an. Endlich habe man einmal einen Prozeß wegen nationalsozialistischer Hochverräterischer Betätigung (Ulmer Reichswehrpflichtige) eingeleitet. Aber dieser Prozeß habe sich ganz anders abgepielt als die üblichen Hochverratsprozesse gegen die Kommunisten. Man habe sogar des Hochverrats Verdächtige als Zeugen vernommen. Der Höhepunkt sei, daß man dem Hochverräter Hiller das große Wort verstatte.

Abg. Schwarz (Nat.-Soz.) erwiderte: Die Beleidigungen des Abg. Rosenfeld gegen unseren Führer können uns nicht berühren, weil wir der Ansicht sind, daß ein marxistischer Jude in Deutschland überhaupt nicht das Recht hat, mitzureden. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Um so weniger könne eine Beleidigung von sozialdemokratischer Seite treffen, als die Partei des Redners bekanntlich planmäßig seit Jahrzehnten Hochverrat betrieben habe. (Großmann (Soz.): „Obi es denn keinen Vorsitzenden! Glende Verleumdung!“) Wenn über den Eid Adolf Hitlers abfällige Bemerkungen gemacht worden sind, so sei dem nur zu entgegnen, daß dieser Eid ein deutscher Eid sei und kein Talmudeid.

Abg. Keil (Soz.) fragte zur Geschäftsordnung den Vorsitzenden, warum er den Abgeordneten Schwarz wegen seiner Beleidigungen nicht zur Ordnung gerufen habe. — Vorsitzender Reinhardt (Nat.-Soz.) erwidert, diese Beleidigungen seien erst die Folge der Beleidigungen des Parteiführers Adolf Hitler durch den Abg. Rosenfeld gewesen. — Abg. Landsberg (Soz.): Adolf Hitler ist kein Reichstagsabgeordneter. — Vorsitzender Reinhardt: „Das ist gleichgültig, wer Adolf Hitler beleidigt, beleidigt uns.“ — Abg. Keil erklärt, die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder werden unter diesem Vorsitzenden nicht mehr tagen und den Saal verlassen. Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Abg. Schetter (Str.) und Abg. Stöcker (Komm.) erklärten, daß ihre Mitglieder keine Fortsetzung der Beratung wünschen. Der Vorsitzende Reinhardt ruft nachträglich die Abg. Rosenfeld (Soz.), Großmann (Soz.) und Schwarz (Nat.-Soz.) zur Ordnung. Die Sozialdemokraten lehnen aber die weitere Beratung unter dem Vorsitz Reinhardts ab. Ein Zentrumsantrag, die Sitzung auf Donnerstag zu vertagen, wird mit 13 gegen 9 Stimmen abgelehnt, worauf die Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei den Saal verlassen. Wegen Beschlussunfähigkeit mußte dann die Sitzung auf Donnerstag vertagt werden.

Schluss der Europakonferenz

„Europäisches Manifest“

Genf, 22. Jan. Die zweite Europakonferenz wurde gestern geschlossen. Die nächste Tagung findet im Mai statt. Einstimmig wurde in der Schlussitzung eine von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens vorgeschlagene Entschließung — von Briand „Europäisches Manifest“ genannt — angenommen: Eines der Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau liegen in dem Mangel an Vertrauen in die Zukunft und in der Unruhe über die politische Lage. Die in der Europakonferenz versammelten Außenminister oder verantwortlichen Leiter der europäischen Staaten erklären demgegenüber, daß sie mehr denn je entschlossen seien, sich des Mittels des Völkerbunds zu bedienen, um jede Anwendung von Gewalt zu verhindern.

Entschließungen zur Agrarfrage

Weiter wurden fünf Entschließungen angenommen:
1. Ein von Briand einzuberufender Ausschuss hat alsbald die Frage des Abbaus des sofort verfügbaren Getreideüberschusses zu prüfen; seine Beschlüsse finden sofort Anwendung. Der Ausschuss soll aus Vertretern der interessierten Ein- und Ausfuhrstaaten Mittel- und Südosteuropas bestehen.
2. Zur Prüfung der Frage, wie die künftigen Getreideüberschüsse in Europa abgesetzt werden sollen, wird ein Erforschungsausschuss eingesetzt, der mit Unterstützung der technischen Organe des Völkerbunds und des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom alle technischen Fragen zu untersuchen hat, die zur dauernden Abschreckung beitragen können. Der Ausschuss besteht aus Vertretern Deutschlands, Österreichs, Belgiens, Englands, Estlands, Frankreichs, Italiens, Südamerikas, Norwegens, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Die Beratunsergebnisse werden der Europakonferenz im Mai unterbreitet.
3. Für die Agrarkredite wird ein Ausschuss, bestehend aus Vertretern Deutschlands, Englands, Bulgariens, Dänemarks, Frankreichs, Ungarns, Italiens, Hollands, Polens und Rumäniens, gegebenenfalls weiteren Staaten, gebildet, der die

Tagespiegel

Der Reichskanzler hatte am Donnerstag eine Besprechung mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, über verschiedene politische Fragen. Darauf folgte eine Besprechung mit Graf Kottwitz als Vertreter der Grünen Front über Ausdehnung der Osthilfe auf weitere Gebiete.

Der Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Professor Dr. Dorn, ist zum Präsidenten des Reichsfinanzhofs in München ernannt worden.

Zum deutschen Gesandten in Warschau ist der vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt v. Nolte ernannt worden.

In geheimer Sitzung besprach der Völkerbundsrat am Donnerstag die Einberufung der Allgemeinen Abrüstungskonferenz. Wie verlautet, will der Rat nicht schon jetzt deren Vorsitzenden ernennen (genannt wurde der Tscheche Beneš), sondern die Wahl der Konferenz selbst überlassen.

Die für Donnerstag angeordnete Fortsetzung der Aussprache über die Ostoberschlesienfrage im Völkerbundsrat wurde vertagt, da nunmehr zunächst vertrauliche Verhandlungen geführt werden sollen.

Das englische Unterhaus hat in zweiter Lesung einen von der Regierung bekämpften Nachtrag zum Schulgesetz mit 282 gegen 249 Stimmen angenommen. Auf die Rufe: zurücktreten! erklärte Mac Donald, das Kabinett messe dem Antrag keine große Bedeutung bei, es bestehe also kein Grund zum Rücktritt.

Finanzielle und juristische Seite der Frage in Verbindung mit den Arbeiten des Finanzausschusses des Völkerbunds prüft. Möglichst im Mai sollen dem Völkerbundsrat genaue Vorschläge unterbreitet werden.

4. Die Europakonferenz fordert alle Mitglieder auf, das Genfer Handelsabkommen vom März 1930 sobald wie möglich in Kraft zu setzen und die auf der zweiten Zollfriedenskonferenz im November v. J. angeregten zweiseitigen handelspolitischen Verhandlungen aktiv zu betreiben.

5. Die Konferenz fordert den Generalsekretär auf, der Waidtagung den Bericht über die Arbeitslosigkeit und ihre schwereren Folgen für die europäische Wirtschaft vorzulegen.

Erneuter deutscher Vorbehalt zur Tanganjikafrage

Genf, 22. Jan. Dr. Curtius hat in der öffentlichen Ratssitzung nochmals den Vorbehalt der deutschen Regierung zu den bekannten Plänen der britischen Regierung in Tanganjika (Deutsch-Ostafrika) vorgebracht. Der Mandatsausschuss hatte dem Völkerbundsrat berichtet, daß er zu diesen Plänen keine Stellung genommen habe, weil eine Entscheidung der britischen Regierung noch nicht vorliege. Dr. Curtius erklärte, wenn er den Bericht des Ausschusses richtig verstanden habe, so habe dieser von einer Stellungnahme abgesehen, weil das Weißbuch, das die englische Regierung dem Ausschuss über diese Frage vorgelegt habe, noch nicht die endgültige Entscheidung darstelle. Der Ausschuss hat im November ausdrücklich festgestellt, daß dieses Weißbuch nicht die Entscheidung darstelle, die die britische Regierung gemäß einem Beschluss des Völkerbundsrats vom 6. September 1929 dem Rat mitzuteilen verpflichtet ist. Der erneute Vorbehalt des deutschen Außenministers gegen die britischen Pläne wurde vom Völkerbundsrat „zur Kenntnis genommen“.

Anklageschrift der Ukrainer

Genf, 22. Jan. Die ukrainischen Senatoren des polnischen Parlaments haben an den Völkerbundsrat eine Anklageschrift gegen die von polnischen Truppen, Polizei und Behörden gegen die ukrainische Bevölkerung verübten Grausamkeiten in den Monaten September, Oktober und November in den Wojwodschaften Lemberg, Stanislaw und Tarnopol eingereicht. Die Anklageschrift umfaßt etwa 100 Schreibmaschinenseiten. Beim Völkerbund sind außerdem etwa 100 ukrainische Beschwerden eingegangen, von denen das Sekretariat bis jetzt aber nur 9 für „zulässig“ erklärt hat. Sie werden erst in der nächsten Tagung des Völkerbundsrats im Mai auf die Tagesordnung kommen.

Die Pariser Presse lobt Curtius

Paris, 22. Jan. Die Blätter sind mit der Rede des Dr. Curtius in Genf sehr zufrieden. Er habe sich mit dem polnischen Minister Jaleski „sehr ritterlich“ auseinandergesetzt und eine fast akademische Haltung bewahrt. Jagdhorst und sogar die kleine Trompete habe er „in der Garderobe“ gelassen und die Aufforderung der Nationalsozialisten unbeachtet gelassen. So sei zu hoffen, daß der Streit in eine Bahn geleitet werde, die der Atmosphäre in Genf entspreche.

Die Sklaverei in Liberia

Genf, 22. Jan. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich heute

mit dem Bericht des Untersuchungsausschusses über die Sklaverei in der Republik Liberia. Ein Vertreter Liberias erklärte, sein Land sei bereit, die von dem Ausschuss gemachten Vorschläge für Reform der inneren Verwaltung Liberias anzunehmen. Es empfehle sich aber, eine derartige Untersuchung auch auf gewisse andere Länder (gewisse Kolonien und Abessinien) auszudehnen, wo man noch ganz andere Entdeckungen machen könnte als in Liberia, obgleich diese Länder das Sklaverei-Abkommen unterzeichnet hätten.

Neue Nachrichten

Politischer Mord in Köln

Köln, 22. Jan. In der vergangenen Nacht wurde der 30jährige Maschinist Höfchel durch einen Herzschuß getötet. Höfchel, der Mitglied der Kommunistischen Partei ist, stand mit mehreren Gefinnungsgenossen auf der Straße. Dem Polizeibericht zufolge wurden die Kommunisten von 4 vorbestimmenden Nationalsozialisten angegriffen ohne jeden Grund und ohne vorherigen Wortwechsel beschossen, wobei Höfchel den tödlichen Schuß erhielt. Die 4 Nationalsozialisten konnten festgenommen werden. Sie bestreiten, geschossen zu haben.

Schächterei in Thüringen

Weimar, 22. Jan. Der Befehlsgangsausschuss des Landtags hat einen Befehlswort betr. Schächterverbot angenommen. Deutsche Volkspartei, Sozialdemokraten und Kommunisten enthielten sich der Stimme.

Der Untersuchungsausschuss abgelehnt

Warschau, 22. Jan. Die Regierungsmehrheit des Sejm hat einen Antrag, einen Untersuchungsausschuss für die gegen die ukrainische Bevölkerung verübten Grausamkeiten einzusetzen, abgelehnt.

Das deutsche „Posener Tagblatt“ in Posen wurde von der polnischen Polizei beschlagnahmt, weil es die Genfer Rede des deutschen Reichsaußenministers Dr. Curtius über die Polengrenze auszugswise veröffentlicht hatte. Das Blatt war schon vor den Polenwahlen sieben Wochen lang unterdrückt und schwer geschädigt worden.

Neuordnung des spanischen Heers

Madrid, 22. Jan. Eine königliche Verordnung gibt die Neuordnung des spanischen Heers bekannt. Der aktive Bestand beträgt, einschließlich der Offiziere, 107 000 Mann. Die wesentlichste Änderung ist eine Vermehrung der Artillerie. Sie erhält zugleich eine besondere Formation zur Abwehr von Fliegern. Die Befehlsstellen der Flieger wurden neu besetzt.

Eine Verschwörung in Indien?

Bombay, 22. Jan. Eine geheime Verschwörung, die Regierung zu stürzen und ganz Indien unter die Herrschaft des Hindischen Kongresses zu bringen, soll im Verlauf des Verfahrens gegen den Kaufmann Karfandas und 24 andere, die alle am Weihnachtstag verhaftet wurden, von der Staatsanwaltschaft aufgedeckt worden sein.

Platzfrage der Technischen Hochschule

Stuttgart, 22. Januar.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Das Finanzministerium, Bauabteilung, hat unter dem 21. Januar an das Bürgermeisteramt Stuttgart ein Schreiben gerichtet, in dem zu der Platzfrage der Technischen Hochschule folgendes ausgeführt wird:

1. Der Landtag hat am 9. Juni 1929 beschlossen: a) den weiteren Ausbau der Technischen Hochschule Stuttgart am jetzigen Platz oder seiner nächsten Umgebung nicht mehr ins Auge zu fassen; b) in erneute Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart wegen Verlegung der Hochschule nach dem Weißenhofgelände einzutreten.

Die Stadtgemeinde Stuttgart verlangt, trotz des staatlichen Verzichtes auf das sehr günstige Gelände bei der Stadt Ludwigsburg als eine weitere Bedingung für die Fortsetzung der Verhandlungen den vorherigen Abschluss des sogenannten Waffenvertrags, bei dem die Stadt auf den Staat angewiesen war. Dieser Vertrag wurde dann auch vom Staatsministerium am 9. Dezember 1929, vom Gemeinderat Stuttgart am 9. Januar 1930 genehmigt.

In dieser Zwischenzeit von Juni bis Dezember 1929 hatte Prof. Dr. Bonah in Verbindung mit dem Stadterweiterungsamt einen neuen Plan für die Bebauung des Weißenhofgeländes gefertigt, der durch Schaffung von Aussichtsplätzen den Wünschen des Gemeinderats weitmöglichst entgegenkommen sollte.

2. Nach wiederholter Mahnung bei der Stadt durch das Finanzministerium, Bauabteilung und das Kultministerium

gefäng es jedoch erst am 16. März 1930, die Verhandlungen mit der Stadt fortzusetzen. Die Vertreter der Stadt traten hierbei mit dem völlig neuen Vorschlag hervor, die Technische Hochschule in das Gelände des Akazienwäldchens beim Weißenhof und nördlich davon zu verlegen, obgleich bisher nach Ansicht der Stadt das Akazienwäldchen wegen der dort untergebrachten Waldheime und der Sportvereine überhaupt nicht berührt werden sollte.

Staat und Technische Hochschule müßten den neuen Vorschlag betr. Akazienwäldchen sofort ablehnen, weil sie dieses Gelände aus rein technischen Gründen und seiner Lage nach für ganz ungeeignet hielten. Sie verlangten, daß der Gemeinderat die nun schon seit Juni 1929 an die Stadt gestellte Frage, ob sie gewillt sei, das Weißenhofgelände für Hochschulzwecke im Wege des Kaufs oder Tauschs abzutreten oder nicht, endlich durch einen eindeutigen grundsätzlichen Beschluß beantworten möge.

3. Im Schreiben vom 16. April 1930 erklärt sich zwar die Stadt bereit, die Verhandlungen fortzusetzen, will jedoch noch andere wichtige, aber noch größtenteils ungeklärte, städtebauliche Fragen mit der Hochschulfrage verquicken und dem Staat „baldmöglichst“ hierzu Näheres mitteilen.

4. Nach vergeblichem Warten von weiteren zwei Monaten ersucht der Staat unter dem 24. Juni 1930 erneut dringend um Herbeiführung eines Gemeinderatsbeschlusses und lehnt dabei, um die Entscheidung nicht noch mehr zu verzögern, eine Verquickung mit noch ungeklärten anderen Fragen ab.

5. Einen Monat später, am 26. Juli 1930, beschließt der Gemeinderat endlich mit schwacher Mehrheit, das städtische Weißenhofgelände im Tausch gegen staatliches Wajengelände für Hochschulzwecke freizugeben; es schließt sich hieran eine Besprechung zwischen Staat und Stadt am 28. Juli 1930, in der die Stadt ihre Tauschvorschläge erläutert.

6. Am 8. August 1930 geht vom Staat ein eingehend bearbeiteter Gegenvorschlag über die wichtigsten Punkte des Tauschvertrags an die Stadt ab. Hiezu bemerkt der Staat, daß er bei Bewertung der Flächen bzw. Festsetzung der Tauschverhältniszahlen davon ausging, die Preise nicht unnötig in die Höhe zu drücken, und daß er sich daher auch mit den für die weitere Verhandlung vorgelegenen Tauschzahlen keineswegs von vornherein auf ein Handeln eingestellt habe. Der Staat ersucht die Stadt um baldige Stellungnahme zu den Tauschwerten und betont am Schluß des Schreibens noch ausdrücklich, daß dieser Gegenvorschlag vorerst nur als Grundlage für die baldige mündliche Fortsetzung der Verhandlungen zu betrachten sei.

7. Trotzdem lehnt die Stadt in ihrer Antwort vom 21. September 1930 weitere Verhandlungen über das Weißenhofgelände und damit dessen Abtretung endgültig ab. Sie begründet es damit, daß die Bauabteilung des Gemeinderats von ihrem im Bericht vom 26. Juli 1930 dargelegten Standpunkt nicht abweichen und sich etwa die Vorschläge des Staats zueigen machen könne. Eine glatte Annahme seines Vorschlags ohne weitere Verhandlungen hätte der Staat aber mit seinem Gegenvorschlag gar nicht erwartet und auch, wie aus Obigem deutlich hervorgeht, nicht verlangt, weil er sich der Stellung der Stadt bei den Verhandlungen als eines gleichwertigen Tauschgegners wohl bewußt war. Der Staat hat sogar gleichzeitig mit seinem Gegenvorschlag die Entscheidung durch ein unparteiisches Schiedsgericht angeregt für den Fall, daß sich die Parteien nicht einigen sollten.

In ihrem Ablehnungsschreiben zieht die Stadt außerdem noch ihre frühere Zusage eines einmaligen Baubeitrags von 2 Millionen Mark zurück mit der Begründung: sie sei gegenstandslos geworden; der Staat habe inzwischen auf dem Weg der Verringerung der württ. Steuererlöse die Gelder für dieses und die kommenden Jahre in vorwiegendem Maße schon vorweggenommen.

Diese Begründung ist unverständlich, da der Staat durch die letzte Verringerung des inneren Finanzausgleichs keinerlei Vorteil für sich erlangt hat, vielmehr lediglich den unbedingt nötigen Ausgleich zugunsten der bedürftigsten württ. Gemeinden durchgeführt hat.

Ganz überraschenderweise macht nun aber im gleichen Schreiben die Stadt den völlig neuen Vorschlag, die Technische Hochschule neben das neue Stadiongelände auf den Wajen zu verlegen. Sie bietet sich an, hierfür an den Staat 19 Hektar Wajengelände durch Kauf abzutreten, obgleich sie selbst bisher für Zwecke des Stadions mit Festwiese usw. das 15 Hektar große staatliche Wajengelände im Tausch gegen das Weißenhofgelände hätte erwerben wollen. Sie hatte demnach inzwischen das Projekt für das Stadion usw. auf dem Wajen so umgearbeitet, daß sie dazu nicht allein dem Staat mit seinem 15 ha. großen Wajengelände nicht mehr benötigte, sondern diesem sogar außerdem noch 19 ha. eigenes Wajengelände verkaufen wollte. Der Staat sieht zum großen Teil darin den Grund der städtischen Ablehnung einer Fortsetzung der Verhandlungen über das Weißenhofgelände.

8. Nach genauer technischer und wirtschaftlicher Untersuchung lehnt die Technische Hochschule und mit ihr der Staat das Wajengelände als für Hochschulzwecke ungeeignet ab, was der Stadt mit Schreiben vom 8. November 1930 mitgeteilt wurde. Diese Ablehnung gründet sich in erster Linie auf das Ergebnis von 2 ausführlichen Gutachten, die zu dem Schluß kommen, daß vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus das Wajenprojekt nicht zweckmäßig ist.

Die durch die ungünstigen Untergrundverhältnisse (hoher und wechselnder Grundwasserstand) unvermeidlichen hohen Tiefkosten lassen sich, zumal in der jetzigen wirtschaftlichen Not, nicht verantworten, solange günstigere Möglichkeiten bestehen.

Der Staat hat daher der Stadt gleichzeitig mitgeteilt, daß er sich unter diesen Umständen genötigt sehe, eine neue Lösung zu suchen, die unter Berücksichtigung seiner schwierigen Finanzverhältnisse auch ohne Mitwirkung der Stadt in der Baufähfrage durchgeführt werden kann.

9. Der Staat hat im Frühjahr 1929 dem Drängen der Stadt Stuttgart nachgeben und das Projekt, die Technische Hochschule nach Ludwigsburg zu verlegen, trotz des günstigen Angebots der Stadt Ludwigsburg nicht weiter verfolgt; er hat weiterhin auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt den sog. Wajenvertrag vor Fortsetzung der Hochschulverhandlungen zum Abschluß gebracht. Durch dieses Entgegenkommen hatte die Stadtverwaltung der Technischen Hochschule gegenüber eine gewisse moralische Verpflichtung übernommen, die Abgabe des Weißenhofgeländes für Hochschulzwecke weitgehend zu fördern.

Beim Staat war stets der gute Wille vorhanden, im Interesse der Technischen Hochschule Stuttgart die Verhandlungen über das Weißenhofgelände zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis zu bringen.

Die Untersuchungen über eine neue Lösung der Wajenfrage sind zurzeit im Gang, aber noch nicht abgeschlossen.

Berechnungen der Durchschnittszeugnisse in der Volksschule

Stuttgart, 22. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Kultusministerium veröffentlicht in der neuesten Nummer seines Amtsblatts einen Ertrag, der die Berechnung der Durchschnittszeugnisse in der Volksschule regelt. Wo in den Klassen- und Abgangszeugnissen ein Durchschnittszeugnis gebildet werden muß, sollen deutsche Sprache dreifach, Rechnen (einschließlich Raumlehre) zweifach, alle übrigen Pflichtfächer des Lehrplans einfach gewertet werden. Eine Ausnahme bilden die Klassenzeugnisse, die von den Lehrern der Grundschule für die in eine höhere Schule angemeldeten Schüler auszustellen sind. In ihnen sollen für die Berechnung des Durchschnitts künftig nur noch deutsche Sprache, Rechnen und Heimatkunde mit dem angegebenen Gewicht gewertet werden. Die übrigen Fächer der Grundschule (Religion, Singen, Handarbeit), die nach den Versetzungsbestimmungen in der höheren Schule bei der Berechnung des Leistungsdurchschnitts überhaupt nicht oder nur an einzelnen Schulstufen gewertet werden, bleiben bei der Berechnung des Durchschnitts dieser Klassenzeugnisse außer Betracht.

Stuttgart, 22. Januar.

70. Geburtstag. Am 24. Januar kann Defan a. D. Karl Hauser, der seinen Ruhestand in Degerloch verbringt, in guter Befundheit den 70. Geburtstag feiern. Der Jubilar ist in Maulbronn geboren, verlebte seine Jugend in Eßlingen und überbrachte seine ganze ständige Zeit in der Diaspora des Oberlands, wo er in den Städten Wangen und Ravensburg als Stadtpfarrer und zuletzt als Defan 38 Jahre lang im Segen wirkte. Er war als Prediger und Seelsorger sehr geschätzt und manche Kirche in Stadt und Land verdankt ihm ihre Entstehung.

Der Verkauf der Reichsbahn-Vorzugsaktien des Reichs. Das Reichsfinanzministerium hat, wie bereits berichtet, von dem 300 Mill. M. Nennwert betragenden Reichsbahn-Vorzugsaktien kürzlich 65 Mill. an einen Versicherungskonzern unter Führung von Allianz-Stuttgart verkauft. Der Rest hat nun in der Hauptsache die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte übernommen. Da diese aber den ganzen Betrag nicht auf einmal, sondern erst in 1—1½ Jahren bezahlen kann, soll die Restforderung, wie verlautet, von einem französischen Geldinstitut bevoorschußt werden, damit die Reichskasse die nötigen Barmittel sofort erhalten kann.

Arbeitsniederlegung in der württ. Holzindustrie. Donnerstag vormittag ist in den Hauptorten der württ. Holzindustrie, so vor allem in Stuttgart, Marbach, Steinheim, Bietigheim, Kirchheim, Böblingen, Göppingen und Ulm die Arbeit niedergelegt worden. In der Holzindustrie Schwaben

seit August letzten Jahres Tarifverhandlungen. Sie sind mehrfach gescheitert, so daß am 20. Dezember 1930 von Arbeitgeberseite der Schlichtungsausschuß angerufen wurde. Dieser hat dann zweimal verhandelt, wobei die Arbeitnehmer seine Zuständigkeit bestritten. Am 14. Januar wurde diese Zuständigkeit vom Schlichtungsausschuß bejaht und es wurde Verhandlung auf den 18. Januar angesetzt, um einen Spruch zu fällen. Dieser Termin wurde indessen wieder abgesetzt mit der Erklärung, daß der Schlichter für Südwestdeutschland die Sache an sich gezogen habe. Verhandlung vom ihm ist auf Freitag, den 23. Januar, festgelegt. Von Arbeitgeberseite wurde inzwischen, um weitere Verzögerungen zu vermeiden, ein Lohnabbau um 8 Prozent durch Anschlag am 21. Januar in den Betrieben bekanntgegeben. Diesem Lohnabbau soll Mitte März ein weiterer Abbau um 7 Prozent folgen, falls bis dahin keine Verständigung erzielt wird. Seitens des Deutschen Holzarbeiterverbands wurde der Lohnabbau abgelehnt und eine Versammlung der Stuttgarter Holzarbeiter hat sich Mittwochabend einstimmig gleichfalls für die Ablehnung ausgesprochen. Die Folge davon war, daß am Donnerstag morgen die Arbeitsniederlegung erfolgte. Die „Schwäbische Tagwacht“ spricht indessen von einer Gesamtaussperrung ab Donnerstag. Von den Verhandlungen, die am Freitag vor dem Schlichter für Südwestdeutschland stattfinden, wird die weitere Entwicklung der Dinge abhängen.

Berufswettbewerb. Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten veranstaltet am Sonntag, 25. Januar, in Stuttgart, Ulm und Gmünd für seine Mitglieder einen Berufswettbewerb für Situationsaufgaben, Kurzschrift, Aufsatz, Briefwechsel, Buchführung, Fremdsprachen und Rechnen, wozu zahlreiche Anmeldungen eingegangen sind.

Vom Tage. In der Ulmer StraÙe fand abends ein Zusammenstoß zwischen einem Personkraftwagen und einem Straßenbahnzug statt. Der Kraftwagenlenker erlitt einen schweren Schädelbruch.

Aus dem Lande

Eßlingen, 22. Jan. Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat gemeinsam mit dem Bezirksrat an den Landtag eine Eingabe gerichtet, die Eisbergstraße zu einer Fernverkehrsstraße auszubauen. Der Bezirk Eßlingen hat nämlich die größte Arbeitslosenanziffer des Landes mit 38,8 auf Tausend gegen 17 in Heilbronn. Der Entschluß des Städtetags für Schulabbau stimmte der Gemeinderat zu und beehlt sich weitere Schritte vor. Zunächst wird die 5. Klasse der Mädchenschule und die 3. Parallelklasse im untersten Schuljahr aufgehoben. Das Schulgeld für die Gewerbe- und Pflichthandelschule wurde erhöht.

Der Metallarbeiterverband verlangt für die Errichtung eines Wohnendhauses in Richtung der Katharinenlinde im Kostenbetrag von 70 000 Mark um Ueberlassung des Bauplatzes. Nach längerer, zum Teil erregter Aussprache beschloß der Gemeinderat, den Antrag für eine zweite Beratung zurückzustellen.

Heilbronn, 22. Jan. Kindstötung. Das Schwurgericht hat die 35 J. a. Dienstmagd Luise Beutel von Obereßlingen wegen Kindstötung zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nürtingen, 22. Jan. Stilllegung von Filialbetrieben. Der älteste Fabrikbetrieb in hiesiger Stadt, die Firma A. Meißner u. Co., Baumwollspinnerei und Zwirnerei, hat die Stilllegung ihrer Filialen in Neckarhausen und Friedenhausen und die Teilliquidation ihres Werks in Neckartenzlingen auf den 6. Februar 1931 beschlossen. Auch das hiesige Zementwerk hat schon vor längerer Zeit den größten Teil seiner Arbeiterschaft entlassen, doch ist Aussicht auf baldige Wiederaufnahme der Arbeit in diesem Betrieb vorhanden.

Tübingen, 22. Jan. Vom Storch überrascht. Ein etwa 17jähriges Mädchen aus dem „Westend“, das gestern zum Holz sammeln in den Wald gegangen war, wurde dort plötzlich vom Gevatter Storch überrascht. Sie gebar an Ort und Stelle, wickelte das Kind in ihren Mantel und brachte es unverseht nach Haus.

Vergleichsverfahren. Eugen Rau, Kaufmann, Inh. d. Firma Gustav Spindler, Kolonialwaren-, Kaffe- und Kleinhandel in Stuttgart, Hauptstätterstraße 3. — Hermann Wolf, Kaufmann in Cannstatt, Agentur für Kleinprodukte. — Fritz u. Co., Gold- und Positivierfabrik in Lauterbach, Ob. Oberndorf. — Emil Klumpp, Kaufmann in Bietigheim, Glasmanufaktur. — Blauder, Pandauer, Witwe, Inhaberin eines Kolonialwarengeschäfts in Horb a. N. — Bergmüller u. Co., offene Handelsgesellschaft, Fabrikation von Motorrädern — Ulm. — in Balingen a. F.

Die Mutter

Roman von Lola Stein.

17. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Sie sah sich in dem engen Stübchen um. Ihr Blick war verschleiert. Sie seufzte unbewußt.

„Und wo bleiben wir mit den Sachen des jungen Herrn?“ fragte Frau Lehmann. Ellens breites Bett, ihr größerer Schrank würden das Kammerchen noch enger machen, als Udos kleinere Sachen es getan.

„Bett und Schrank meines Sohnes müssen einstweilen auf den Boden,“ sagte sie nun. „Ebenfalls mein Waschtisch, meine Frisiertoilette. Ich werde mich in Zukunft im Badezimmer anziehen und frisieren.“

„Auf dem Boden leiden die Sachen aber,“ widersprach Frau Lehmann. „Warum wollen Sie sie nicht verkaufen, gnädige Frau? Sie bekommen heute ein schönes Geld dafür.“

Ellen wehrte ab. „Wer weiß, wie bald ich die Möbel brauchen werde. Wenn meine Kinder eine eigne Wohnung finden und ich allein hier bleibe, muß ich doch einen Teil der Etage abgeben.“

„Bermieten wollen gnä' Frau? Na, so schlimm wird's ja wohl nicht kommen.“

„Das müssen heute Tausende von alleinstehenden Frauen; es ist nicht so schlimm. Aber nun rufen Sie bitte den Portier, Frau Lehmann, damit er mit Ihnen die Sachen auf den Boden schafft.“

Am Nachmittag war Ellen allein. Es war ein heißer Arbeitstag gewesen. Aber nun war alles hübsch, wohnlich und zum Empfang der Kinder bereit. Blumen standen in allen Räumen, der Tisch im Speisezimmer war schön ge-

deckt, es sollte doch ein kleines Festmahl am ersten Abend im eigenen Heim für das junge Paar geben.

Ellen ließ sich müde an Udos Schreibtisch nieder. Müde war sie die ganze Zeit gewesen, seelisch müde, von einer dumpfen Apathe umfungen, die sie nicht von sich abzustreifen vermochte. Sie fürchtete sich vor der Zukunft, die so ganz anders werden sollte, als alle Jahre ihres bisherigen Lebens; sie fürchtete sich vor der ständigen Gemeinschaft mit der jungen Frau, der Udos Liebe gehörte.

Udo — es gab ja nur diesen einen Punkt in dem Dasein der Frau, dieses eine Zentrum, um das ihre Gedanken, ihre Wünsche kreiften.

Sie dachte an seine Arbeiten. Würde diese kleine Ushi, die er so leidenschaftlich, so verzehrend liebte, ihn wirklich beflügeln, inspirieren, den großen Dichter aus ihm machen, den sie selbst immer in ihm gesehen hatte? Vielleicht!

Vorläufig war er so sehr mit eigenem Erleben beschäftigt, daß das Schaffen davor zurücktrat. Das Werk, das er in der Stille an der Elbe vollenden gewollt, war noch immer nicht fertig.

Die Verlobungszeit war den Liebenden sehr lang geworden, obgleich man sie nur auf vier Wochen festgelegt hatte. So lange war notwendig, um Ushis Aussteuer zu besorgen.

Sie war mit Alice von früh bis spät unterwegs, um einzukaufen. Ungeheure Summen rannen durch ihre zarten Fingerringen in diesen Wochen, und Herr Remstedt schüttele mehr als einmal den Kopf. Aber Ushi erklärte, dies und das und jenes müsse sie unbedingt haben. Und da Hede und Alice ja auch wundervolle Ausstattungen erhalten hatten, so konnte er sie seiner Jüngsten nicht abschlagen.

Dann wurde die schöne Wäsche in große Kisten verpackt

und nach Berlin geschickt, wo Ellen sie ordnete und für den zukünftigen Haushalt des jungen Paares fortlegte. Nur die Bettwäsche sollte gleich benutzt werden.

Ushis persönliche Sachen wurden in den großen, neuen Schrankoffen gehängt und mit auf die Reise genommen. Auf eine große Hochzeitsfeier wollte das junge Paar verzichten. Ushi erbat sich das Geld, das der Vater für diese Festlichkeit sparte, für ihre Hochzeitsreise und fand sich sehr praktisch.

Nach der Trauung wurde nur ein Frühstück im engsten Familienkreis eingenommen. Dann fuhr das junge Paar ab, und Ellen kehrte noch am selben Abend nach Berlin zurück, obgleich Herr Remstedt sie wieder und wieder bat, einige Tage als sein Gast in seinem einsamen Heim zu bleiben. Sie war nicht in der Stimmung, behauptete, daß zu viel Arbeit daheim auf sie warte, und stürzte sich dann auch gleich in ein großes Räumen und Scheuern und Waschen und Putzen, um nicht so viel überflüssige Zeit zum Grübeln zu haben.

Aber diese drei Wochen, in denen die Kinder in München und Garmisch weilten, und ab und zu flüchtige Grüße an den Vater nach Hamburg und die Mutter nach Berlin sandten, Ansichtskarten, auf denen nur immer wieder stand, wie selig sie waren, waren Ellen dennoch sehr lang geworden. Lang und einsam.

Gott sei Dank, sie waren heute zu Ende. Ein neuer Abschnitt im Leben begann. Ellen erhob sich, denn es wurde Zeit, auf den Bahnhof zu gehen und die Kinder abzuholen.

Eine Stunde später waren sie alle zu Hause. Strahlend vor Frische und Glück waren sie angekommen, leidenschaftlich hatte Udo die Mutter auf dem Bahnhof geküßt und ihr zugestüstert, wie glücklich, wie selig er sei.

Ebingen, 22. Jan. Ein Schaufensterräuber gefaßt. Die Täter, die in verschiedenen Städten Deutschlands Autodiebstähle und Schaufensterbrüche, u. a. auch den Goldwareneinbruchdiebstahl bei Kaufmann Bäuerle hier, verübt hatten, wurden bereits vor längerer Zeit namentlich ermittelt. Nun ist es gelungen, einen der Verbrecher in Nürnberg festzunehmen.

Salach, 22. Jan. Göttingen, 22. Jan. Grippe. Nach Mitteilungen von Gruppenarbeiterinnen haben die Arbeitsärzte festgestellt, daß die Grippeerkrankungen in Salach und Eisingen über 500 ergaben.

Biberach, 22. Jan. Ein Betrunkener auf dem Fahrdamm tödlich überfahren. Als der Kraftwagenführer Joseph Schmidberger aus Stafflangen Dienstag abend mit seinem Auto, in dem sich außer ihm noch drei andere Personen befanden, nach Haus zurückkehrte, überfuhr er auf halbem Weg zwischen Eichen und Stafflangen einen in der Mitte der Straße liegenden Mann, den Dienstknecht Joseph Kopf aus Stafflangen, der schwer betrunken war. Im Krankenhaus zu Biberach, wohin der Schwerverletzte durch Schmidberger sofort gebracht worden war, starb der Ueberfahrene an den erlittenen schweren Kopfverletzungen.

Fleischwangen, 22. Jan. Todesfall. Am 97 Lebens- und im 71. Priesterjahr verschied gestern der Senior des Klerus der Diözese Rottenburg und der älteste katholische Geistliche Deutschlands, Pfarrer a. D. Joseph Sterck, Fleischwangen, zuletzt Pfarrer in Eggartskirch, Ravensburg. Im August vergangenen Jahres war das eiserne Priesterjubiläum Pfarrer Stercks in Fleischwangen feierlich begangen worden.

Vom Oberland, 22. Jan. Schneeschmelze. Die Schneemassen, die Ende der letzten Woche niedergingen, haben rasch wieder weichen müssen. Der starke Regen am Montag hat sie zum Schmelzen gebracht. Schneefurche bedeckt das Erdreich und der Schneespott ist ins Wasser gefallen.

Von der bayer. Grenze, 22. Jan. Der rote Hahn. — Schwere Unfälle. Die Brandstiftungen nehmen kein Ende. In Offingen sind Stall und Stadel des Landwirts Michael Lehle infolge dieses Verbrechens abgebrannt. — In der Gemeindefriedgrube in Pühl wurde der Tagelöhner Fritz Steinhille von sich loslösenden Erdmassen verschüttet; er wurde an beiden Beinen schwer verletzt. — Der 63 J. a. Holzarbeiter Eduard Lichtner war am oberen Lindenberg bei Wehringen mit dem Aufarbeiten der von dem Orkan im November entwurzelten Bäume beschäftigt. Dabei traf ihn eine stürzende Tanne, wodurch ihm die Wirbelsäule gebrochen wurde, so daß der Tod sofort eintrat.

Vom bayer. Allgäu, 22. Jan. Regenwetter. Auf den reichlichen Schneefall ist nun ein ergiebiger anhaltender Regen gefolgt, der auf Straßen und in Ortschaften große Wassertümpel entstehen läßt und die Wiesen in kleine Seen verwandelt.

Sigmaringen, 22. Januar. Selbstmordversuch. Gestern nachmittags versuchte ein etwa 17jähriger, von Berlin zugereister junger Mann in der Mühlbergstraße dadurch Selbstmord zu verüben, daß er sich unter ein Bierlastauto warf und sich überfahren ließ. Der Lebensmüde wurde in das Landeskrankenhaus verbracht, wo sich herausstellte, daß seine Verletzungen nicht allzuschwerer Natur sind.

Ebingen, 22. Januar. Todesfall. Am Dienstag abend ist Volksschullehrer a. D. Jakob Kästle wenige Monate vor Vollendung seines 90. Lebensjahrs gestorben. Er war von 1893 bis 1913 hier tätig.

Ulm, 22. Januar. Schwere Betriebsunfall. In den Magiruswerken war ein alterer Schlosser beauftragt, einen Aufzug zu richten und zu schmieren. Er stand zu diesem Zweck auf dem Dach des Aufzugs. Ein anderer Arbeiter, der bis jetzt noch nicht ermittelt ist, setzte den Aufzug in Gang, ohne zu wissen, daß daran gearbeitet wurde. Der Aufzug fuhr hoch und der Kopf des Schlossers wurde zwischen Wand und Fahrstuhldecke eingeklemmt. Schwerverletzt wurde der Bedauernswerte ins Krankenhaus verbracht.

Das Schöffengericht Ulm verurteilte einen verheirateten Volksschullehrer aus dem Oberamt Blaubeuren wegen strafbaren Handlungen, die er Jahre hindurch an einer Reihe von Schülerinnen sich zuschulden kommen ließ, zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis.

Wie viele Nadelstiche bedarf ein Mahanzug? Gelegentlich der Tagung derilder-Schneiderzwangsinnung berichtete Schneidermeister Ufer: Zur Herstellung eines zweireihigen Saccanzugs werden benötigt 71 398 Stiche. Diese zerfallen in 5038 Heftstiche und 46 704 Steppstiche. Das ergibt eine Länge von 64,5 Meter. 19 656 Nähnähte setzen sich zusammen aus 5503 Staffierstichen, 2050 Knopfstichen (25 Knopflöcher, darunter acht blinde), 2807 Stiche für das Bilden der Klappen und Krogen und 9296 zum Teil unsichtbare Stiche.

Amliche Dienstmachtungen

Ernannt: Die Kanzleihilfen Gapp bei dem Amtsgericht Stuttgart II in Cannstatt und Weckmann bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart zu Justizhilfen bei ihren bisherigen Behörden.

Verletzt: Die Hausverwalter Kling bei dem Amtsgericht Stuttgart I und Anton Widmayer bei dem Landgericht Stuttgart dem dienstlichen Bedürfnis entsprechend und mit ihrem Einverständnis.

Uebertragen: Die Pfarrei Rohlfeld, Def. Crailsheim, dem Pfarrer Kientz in Großglattbach, Def. Waiblingen a. G.

Lokales.

Wildbad, den 23. Januar 1931.

Das Fest der silbernen Hochzeit konnten die Eheleute Jakob Pfister, Zugführer, am 20. Januar feiern. Nachträglich die herzlichsten Glückwünsche!

Kommt eine Heimindustrie? Einer Einladung von Herrn Bürgermeister Baegner Folge leistend, fanden sich gestern abend im Rathausaal die Herren Stadtpfarrer mehrere Lehrer, Gemeinderäte, sowie Vertreter von Industrie und Handwerk, zusammen zwecks Vorbesprechung, in wie weit eine Heimindustrie in unserer Stadt Aussicht auf Erfolg haben könnte. Herr Bürgermeister Baegner betonte in seinen einleitenden Worten, daß man hier schon vor Jahren versucht habe, eine Industrie zu schaffen und zwar sei die Villa Weidmann für eine Spitzenklöppelei vorgesehen gewesen. Vom Gemeinderat wurde damals das Besuchen des Antragstellers gut aufgenommen und auch genehmigt. Die weiteren Verhandlungen führten aber zu keinem

Ergebnis. Dann sei die Cigarrenfabrik gebaut worden, die von einer Mannheimer Firma nur kurze Zeit betrieben wurde. Durch Kauf ging dann die Cigarrenfabrik an die Firma Speidel Forzheim über, die sich verpflichtete, 100—120 Arbeiter einzustellen. Diese habe aber damals keine Arbeiter gefunden. Weiter habe man versucht eine Holzwarenfabrik, ferner eine Filiale der Firma Gauthier, sowie ein Industrieunternehmen für die Lautenhof-Sägmühle und eine Forellenzuchtanstalt hieher zu bringen, alles ohne Ergebnis. Es seien also schon verschiedene Wege gesucht worden, aber alle boten wenig Aussicht auf Erfolg. Für die Spielwaren-Industrie, Strickwaren, Webindustrie sei der Export kolossal zurückgegangen und so würde es wohl an Abgabemöglichkeit fehlen. Man sei heute zusammengekommen, um im Interesse der Erwerbslosen zu beraten, wie man diesen über die schlimme Zeit hinweghelfen könne. Doch sei die Lage wirklich so, daß man keine positiven Vorschläge machen könne. Vielleicht biete die Herstellung von Strohtaschen Aussicht auf Arbeitsmöglichkeit. Aber der Gewinn sei so gering, daß kaum 1—2 Mark täglich verdient werden können. Bei den Spielwaren wäre es ebenso. Der Vorsitzende bittet hierauf die Anwesenden um Vorschläge, wie das Problem der Erwerbslosigkeit gelöst werden könne. Herr Stadtpfarrer Dauber nimmt nun das Wort zu längerer Ausführungen. Das nötigste sei, den Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Das Heimarbeitersproblem dürfe nicht mehr zur Ruhe kommen. Man müsse den Erwerbslosen Gelegenheit geben zu einer besseren Verwendung ihrer freien Zeit. Sie sollen Arbeit haben und neben ihrer Unterstützung noch einen kleinen Nebenverdienst hinzu. Es wären viele froh, wenn sie nur wissen würden, was sie tun sollen. Die Ueberfüllung des Marktes durch fabrikmäßige Erzeugung von Artikeln bedinge vielleicht eine mehr handwerksmäßige Herstellung, wofür in Amerika vielleicht noch Arbeitsmöglichkeit bestehe. Wenn es gelänge, etwas originelles auszudenken und herzustellen, dann wäre ein Weg geschaffen, der Aussicht auf Erfolg hätte. Wenn auch der Verdienst zunächst nicht hoch sei, so bilde er doch einen Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung. Von Seiten der Anwesenden wurden hierauf verschiedene brauchbare Vorschläge gemacht, von denen am meisten Anhang fanden: Herstellung von Strohtaschen, kunstgewerbliche Spielwaren, Leppschwebereien, Handstrickwaren etc. weil man von handwerksmäßig hergestellten Gegenständen die beste Abgabemöglichkeit erhofft, für die auch im Sommer in Wildbad Abgabemöglichkeit besteht. Es wurde hierauf ein vorläufiger Ausschuss gebildet aus den Herren Stadtpfarrer Dauber, Rektor Dengler, Direktor Brühlmaier und Malermeister Schlegel, die dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge einreichen sollen. Aus der Versammlung wird des weiteren ein Vorschlag gemacht, ob es nicht zweckmäßig wäre, eine Suppenküche einzurichten. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. Die anregende Aussprache zog sich bis 11 Uhr abends hin. Möge sie nun positive Ergebnisse zeitigen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Zukunft Bayreuths. Frau Winifred Wagner hat als Nachfolger Siegfried Wagners in der künstlerischen Leitung der Bayreuther Festspiele Heinz Tietjen-Berlin und in der musikalischen Leitung Wilhelm Furtwängler berufen. Furtwängler hat seine Zusage gegeben. Diese Anordnung wird erst 1933 in Kraft treten, da nach dem Willen Siegfried Wagners die diesjährigen Festspiele in unveränderter Form stattfinden. Wilhelm Furtwängler hat sich bereit erklärt, schon in diesem Jahr die Leitung von „Tristan und Isolde“ zu übernehmen.

Naturschutz in Doorn. Haus Doorn, der Wohnsitz des Kaisers Wilhelm II., ist von der holländischen Regierung zum Naturschutzgebiet erklärt worden. Der Kaiser wird infolgedessen geringere Grundsteuern zu zahlen haben, darf aber andererseits ohne Erlaubnis der Forstverwaltung weder gärtnerische Änderungen vornehmen noch Bäume fällen.

Die Zugspitzbahn vollendet. Am 20. Januar wurde der letzte Teil der bayerischen Zugspitzbahn, die Seilbahn von dem 2650 Meter hoch gelegenen Schneefernerhaus zu der zwischen dem Ost- und dem Westgipfel der Zugspitze in fast 3000 Meter Höhe gelegenen Bergstation eröffnet. Mit der Inbetriebnahme der Seilbahn, die einen Höhenunterschied von fast 300 Meter bei einer Streckenlänge von 725 Meter in vier bis fünf Minuten Fahrzeit überwindet, wurde gleichzeitig auch das neu erbaute Hotel Schneefernerhaus eröffnet, das achtzig Gäste aufnehmen kann, während das alte Schneefernerhaus, das als Touristenhaus in den nächsten Wochen eröffnet wird, Raum für 115 Gäste bietet.

Flugzeugunglück. Auf dem Flugplatz Oberwiesfeld bei München stürzte kurz vor der Landung ein Flugzeug des Bayerischen Leichtflugzeugklubs aus geringer Höhe ab. Die Insassen des Flugzeugs, der Pilot Godejohannes und der Fluggast Fritz Kramer waren auf der Stelle tot.

Ein Spion. Das Reichsgericht hat den früheren Reichsmehrobergerfreiten Serge aus Eberfeld wegen schwerer Spionage für Frankreich und Belgien gegen hohe Bezahlung zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die bei Serge vorgefundenen Geldsummen werden für die Reichskasse eingezogen.

Mord im Kino. In einem der größten Lichtspieltheater von Berlin-Neukölln, dem Mercedespalast, drangen abends gegen 11 Uhr mehrere Unbekannte in die Bürosräume ein, überfielen den zufällig noch anwesenden geschäftsführenden Direktor und stredten ihn durch mehrere Schüsse nieder.

Die Grippe in Spanien. In dem spanischen Kriegshafen mütet die Grippe furchtbar. Alle Krankenschwestern und Pfleger sind von der Seuche ergriffen. Die Marineleitung hat die Mannschaften der Kriegsschiffe zur Uebernahme des Dienstes des Pflegepersonals entlaubt. Die Militärküche und das Arsenal sind zu Krankenhäusern umgewandelt worden.

Völkzählung in Norwegen. Nach dem Ergebnis der am 31. Dezember 1930 vorgenommenen Zählung beträgt die Bevölkerung Norwegens 2 809 000 Köpfe. Dies bedeutet eine Zunahme von 6 v. H. im letzten Jahrzehnt, die geringste seit 1810, mit Ausnahme des Jahrzehnts 1880/90.

Russische Glocken in Amerika. Die Harvard-Universität hat eine Anzahl schöner Kirchenglocken, die in Rußland entbehrlich geworden sind, angekauft. Die größte derselben wiegt 800 Zentner.

Kircheneinweihung in Südwest. In Keetmanshoop (ehemals Deutsch-Südwestafrika) wurde kürzlich eine deutsche evangelische Kirche eingeweiht. Der Bau der Kirche, der schon 1914 geplant war, war durch den Krieg verhindert worden.

Rundgebung der Heidelberger Studenten. Auf dem Universitätsplatz in Heidelberg veranstaltete die Studentenschaft eine große Rundgebung gegen die Auflösung des Asfa durch den badischen Kultminister Kemmele. Die Polizei trieb die Studenten mit dem Gummiknüppel und blanker Waffe auseinander. Der Universitätsrektor will in dem Streit vermitteln.

Gottesdienst im Rundfunk. Die Kirche von England hat die Uebertragung von Gottesdiensten durch den Rundfunk nach dem Vorschlag eines besonders eingesehten Ausschusses gebilligt. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Bischof von Ely, berichtete, der Rundfunk habe einen außerordentlichen Aufschlag des Christentums hervorgerufen. Die Befürchtung mancher Kreise, daß der Kirchenbesuch noleiden werde, habe sich als unbegründet herausgestellt.

Todesurteil. Das Schwurgericht Memmingen verurteilte den Zimmermann Kuegeman wegen Mordes zum Tode. Der Angeklagte hatte im Juni vergangenen Jahres in seiner Wohnung seine Frau mit einem Jagdgewehr erschossen.

Großfeuer. Durch ein Großfeuer sind die Reinhold-Berke in Coswig, Anhalt, (Deßauer Kieselgurgesellschaft) fast ganz zerstört worden. 200 Arbeiter sind brotlos geworden.

Weil ein Hund ins Auto lief. Ein Sonderburger Kaufmann war im Februar mit seinem Kraftwagen auf der Straße zwischen Besse und Horsens (Dänemark) gegen einen Baum gefahren, weil ein Hund auf den Kraftwagen zulief, wodurch der Führer die Herrschaft über den Wagen verlor. Bei dem Unfall kam der Kaufmann so zu Schaden, daß er sein Geschäft nicht mehr versehen kann. Er verlangte von dem Besitzer des Hundes eine Entschädigung von 30 000 Kronen. Das Landgericht in Viborg verurteilte jetzt den Besitzer zur Zahlung von 22 000 Kronen und der Assen des Verfahrens.

Verhaftung eines italienischen Finanzmanns. In Turin wurde der italienische Finanzmann Guallino, der die berühmte Dufrie-Bank in Paris mit der Einführung der Sina-Biscosa-Aktien an der Pariser Börse beauftragt hatte, auf eine Klage der Bank von Italien verhaftet.

Der Agent Jakob Atschik aus Rußland, der an den bekannten Pariser Wechselhändlern Litwinow, des Bankiers des Moskauer Volkskommisars Litwinow, beteiligt ist, wurde in Paris verhaftet. Atschik war bisher ver schwunden gewesen.

Handel und Verkehr

Tätigkeitsbericht der Reichspost 1930

85 Millionen Einnahmeausfall

Dem Reichstag ist vom Reichspostministerium ein Tätigkeitsbericht für 1930 vorgelegt worden. Danach stand das letzte Jahr im Zeichen eines Ausbaus der in Organisation, Verwaltung und Betrieb in den letzten Jahren getroffenen Reformen. Alle Maßnahmen wurden jedoch durch den großen Wirtschaftsbruch ungünstig beeinflusst. Das Tempo der Rationalisierung wurde daher verlangsamt und alle Maßnahmen vorläufig zurückgestellt, welche die Arbeitslosigkeit steigern können. Durch planmäßige Verteilung der Aufträge ist die Reichspost weiter bemüht gewesen, die Konjunkturausschläge zu mildern. Die Bestrebungen auf wirtschaftliche Berücksichtigung des deutschen Ostens, sowie des ehemals besetzten und der sonstigen Grenzgebiete sind durch Vergebung namhafter Aufträge unterstützt worden. Der anhaltende Wirtschaftsbruch hat sich auch in der Verkehrsentwicklung der Reichspost mehr und mehr fühlbar gemacht. Bei einer Einnahme von 1654,9 Mill. RM. in den Monaten April bis Dezember 1930 beläuft sich der Ausfall gegenüber dem Vorschlag auf rund 85 Millionen RM.

Gehaltsabkommen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Am 21. Januar fanden in Rottweil vor einem vereinbarten Schlichtungsausschuss unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Endris die Gehaltsverhandlungen der Uhrenindustrie statt. Nach mehrstündigen Beratungen wurde einstimmig folgender Schiedspruch gefällt: Die Verhältniszahl 100 des bisherigen Gehaltsabkommens wird auf 209 RM. festgelegt. Teilbeträge bis 0,49 werden ab- und von 0,50 an auf volle RM. aufgerundet. Angestellte mit einem Brutto Gehalt bis zu 125 RM. einschließlich sind von der Gehaltsfözung ausgenommen. Gehälter über 125 Mark dürfen unter diesen Satz nicht gekürzt werden. Angestellte, denen jetzt schon über bis 19. Februar gekündigt ist, erfahren keine Gehaltsfözung. Dieses Abkommen gilt ab 1. Februar 1931 auf unbestimmte Zeit. Es ist mit Monatsfrist erstmals auf den 30. September 1931 kündbar. Die Parteien sind darüber einig, daß sie im Lauf des Monats Februar sich über ein Arbeitszeitabkommen verständigen. Die Vertreter der Arbeitgeber erklären sich bereit, ihren Mitgliebrern zu empfehlen, bei der Durchführung dieser Gehaltsvereinbarung in allen Fällen, in denen bisher schon Gehaltsfözungen (Leistungsuloren usw.) in stärkerem Ausmaße stattgefunden haben, besonders Rücksicht zu nehmen. Die neue Regelung entspricht einer Gehaltsfözung von etwa 6 Prozent.

Der Schiedspruch in der Schwarzwälder Uhren-Industrie ist von den Arbeitgebern angenommen worden, sie werden die Verbindlichkeit beantragen. Die Gewerkschaften haben bekanntlich den Spruch abgelehnt.

Verbindlichkeitserklärung. Im Lohnstreit der sächsischen Metallindustrie ist der Schiedspruch vom 29. Dezember 1930 vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Der Schiedspruch des staatlichen Schlichtungsausschusses für das bergische Land, der am 30. Dezember 1930 für die rheinische Textilindustrie gefaßt wurde, ist für verbindlich erklärt worden. Die Vertreter des Arbeitgeberverbands haben ihr Angebot aufrechterhalten, nach dem der Lohn (Zeilohn der Hilfsarbeiter des Lohnabkommens 2) von 68 auf 64 Pf. und der Zeilohn der Hilfsarbeiterinnen von 52,5 auf 49 Pf. gekürzt wird. Alle übrigen Zeilohnsätze und Akkordlöhne des gesamten Lohnabkommens sollen um die gleiche prozentuale Spanne ermäßigt werden. Die Familienzulagen bleiben unverändert. Das Abkommen kann frühestens zum 15. Juli gekündigt werden.

Stark: Zunahme der Konkurse und Vergleichsverfahren. Im Monat Dezember wurden im Reich 850 Konkurse und 477 gerichtliche Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die vorläufigen Gesamtzahlen für 1930 lauten: für Konkurse 15 200 (1929: 13 180), für Vergleichsverfahren 7159 (5001). Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Anzahl der Konkurse um 15 Prozent und die Zahl der Vergleichsverfahren um 43 Prozent erhöht.

Berliner Diskonturs, 22. Jan. 4,2025 G., 4,2105 B. Dt. Abl.-Anl. 51,62. Dt. Abl.-Anl. ohne Ausf. 4,87.

Berliner Geldmarkt, 21. Jan. Tagesgeld 4—6 v. H.

Privatdiskont, 4,825 v. H. kurz, 4,75 v. H. lang.

Die Schweizer Nationalbank hat den Diskontsatz von 2½ Proz. auf 3 Proz., den Lombardsatz von 3½ auf 3 Proz. herabgesetzt.

Der Schiedspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie (Kürzung der Stundenlöhne um 4,4 Pfennig in der Spitze) wurde für verbindlich erklärt, nachdem die Verhandlungen am 16. Januar ergebnislos verlaufen sind.

Einreiseverbot aus den Regierungsbezirken Schwaben, Neuburg und Mittelfranken. Wegen weiterer Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in den bayerischen Regierungsbezirken Schwaben und Neuburg, sowie Mittelfranken und mehrfachen Einschleppung der Maul- und Klauenseuche in württ. Grenzbezirke sind die am 1. September 1928 und 14. November 1930 zugelassenen Einfuhrerleichterungen bis auf weiteres für Klauenvieh außer Wirkung gesetzt worden. Damit ist auch die für Schlachtvieh aus Schwaben und Neuburg bei unmittelbarer Zufuhr in öffentliche Schlachthäuser oder Schlachthäse bisher zugelassene Befreiung von Einfuhrbeschränkungen bis auf weiteres aufgehoben.

Keine Garantieerweiterung in der Automobilindustrie. Wie die Adam Opel AG. auf Anfrage mitteilt, hat der Reichverband der Deutschen Automobilindustrie ihre Anträge auf sachungsmäßige Garantieerweiterung in der Automobilindustrie abgelehnt. Die Adam Opel AG. will im Vorhaben trotz dieser Ablehnung infolgedessen verwickelten, als sie im Weg der Kulanz und unter Hintanhaltung von Wettbewerbsgesichtspunkten ihren Abnehmern in nächster Zeit eine Garantieerweiterung gewährt.

Kreditkühnmaßnahmen des Tuchgroßhandels. Die Vereinigung der deutschen Tuchgroßhändler hat beschlossen, daß die Mitglieder keinem außergerichtlichen Vergleich mehr zustimmen dürfen, bei dem die Schuldner nicht mindestens 50 v. H. unter hinreichender Sicherheit bieten können.

Der Zusammenschluß in der Uhrenindustrie. Von Seiten der Schramberger und Schwenninger Uhrenfabriken wird mitgeteilt, daß die Meldung eines Schwenninger Blatts über den demnächst bevorstehenden Zusammenschluß der Schwarzwälder Fabriken ungenau und verfehlt sei. Die Firma Haller und Benzling habe mit der Zusammenschlußfrage überhaupt nichts zu tun.

Japan gegen das Sulphat-Dumping. Vertreter des englisch-deutschen Sulphat-Kartells und ausländische Einfuhrhändler hatten mit japanischen Düngemittelfabrikanten ein Abkommen getroffen, daß die japanische Erzeugung von Kunstdüngern in gewissem Umfang eingeschränkt und die Preise erhöht werden sollen. Die japanische Regierung hat nun das Abkommen für ungültig erklärt und dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die japanischen Düngemittelfabrikanten, die ohne behördliche Genehmigung derartige Abkommen treffen, mit schweren Geld- und Freiheitsstrafen belegt werden.

Flugverbindung Nanjing—Berlin. Zurzeit befinden sich vier Sondersflugzeuge, sowie einige Flugzeugführer und technisches

Personal auf dem Weg nach Schanghai, um dort im Rahmen der unter der Beteiligung der Deutschen Luft Hansa bereits im Herbst 1930 gegründeten Chinesisch-Deutschen Luftverkehrs-Gesellschaft Verwendungen zu finden. Die Gesellschaft soll im Frühjahr einen regelmäßigen Dienst auf der Strecke Schanghai—Nanking—Peking bis zur russisch-chinesischen Grenz, bei Mandchuri einrichten. Diese Strecke stellt das chinesische Ansehensstück für einen späteren Durchgangsverkehr China—Europa dar. Der Zeitpunkt des ersten durchgehenden Fluges Nanking—Berlin kann noch nicht festgelegt werden.

Briefe, die man annehmen muß. Bei Streitigkeiten im privaten und geschäftlichen Verkehr ist es oftmals erwünscht und wichtig der Gegenseite etwas mitzuteilen und zuzulassen. Man glaubt sicherzugehen, daß der Zweck erreicht wird, wenn man die Sendung als „Eingefahren“ abgeben läßt. Groß ist dann die Enttäuschung, wenn die Sendung als „Verweigert“ zurückkommt. Für solche Fälle sei auf die Briefe mit Zustellungsurkunde verwiesen, die nicht nur von den Behörden, sondern von jedem gegen geringe Gebühr versandt werden dürfen. Formblätter erhält man bei der Post. Briefe mit Zustellungsurkunde können vom Empfänger nach den bestehenden Vorschriften nicht verweigert werden.

Stuttgarter Börse, 22. Jan. Die heutige Börse eröffnete in freundlicher Haltung. Die ersten Kurse waren etwas höher als gestern. Im Verlauf bröckelten die Kurse ab. Schluß schwächer. Rentenmarkt ruhig.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Mannheimer Produktbörsen, 22. Jan. Weizen inkl. 25,50 bis 29, ausl. 35,50—36,50, Roggen inkl. 17,50—18,25, Hafer inkl. 15,50 bis 16,25, Braugerste bad., württ. 22—24 Futtergerste 19,50—20, Weizenmehl Spez. 0 Sorte 1 42,50, Fein Weizenmehlsatzmehl 46,50, Fein Weizenmehl 28,50, Roggenmehl 70—60proz. Ausm. 27 bis 28,25, Meie feine 9,25—9,50, Bierreber mit Sod 10,25 bis 10,75. Alles je 100 kg. waggounfrei Mannheim.

Bremen, 22. Jan. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 11,38.

Württ. Edelmetallpreise, 22. Jan. Feinsilber: Grundpreis 43,50, Feingold: Verkaufspreis 2814 M je kg. Rein-Platin: 4,55, Platin 96 Proz. mit 4 Proz. Kupfer: 4,35 M je Gramm.

Märkte

Stuttgarter Schlachthausmarkt vom 22. Jan. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 14 Ochsen, 43 Jungbullen, 68 Jungriinder, 3 Röhre, 198 Kälber, 533 Schweine. Davon blieben unverkauft: 13 Ochsen, 22 Jungbullen, 52 Jungriinder und 20 Schweine. Verkauf des Marktes: Großvieh sehr schleppend, Ueberstand, Kälber und Schweine schleppend.

Ochsen:	22. 1.	20. 1.	Röhre:	22. 1.	20. 1.
ausgemästet	—	46—48	fleischig	—	21—25
vollfleischig	—	40—44	gering genähert	—	16—19
Bullen:			Kälber:		
ausgemästet	41—43	43—44	feinste Mast- und beste Saughälder:	58—62	62—65
vollfleischig	38—40	40—42	mittl. Mast- und gute Saughälder:	52—56	50—61
fleischig	—	37—39	geringe Kälber:	45—49	46—52
Jungriinder:			Schweine:		
ausgemästet	49—52	50—53	über 300 Pf.	56—57	58—59
vollfleischig	42—47	43—48	240—300 Pf.	56—58	58—60
fleischig	—	40—42	200—240 Pf.	55—56	56—57
gering genähert	—	—	180—200 Pf.	53—55	56—57
Röhre:			120—100 Pf.	50—52	54—56
ausgemästet	—	35—40	unter 120 Pf.	50—52	54—56
vollfleischig	—	27—32	Sauen:	40—46	43—50

Mannheimer Kleinviehmarkt, 22. Jan. Auftrieb: 181 Kälber, 42 Schafe, 108 Schweine, 762 Ferkel und Läufer. Preise: Kälber 50—64, Schafe 42—44 M je 50 kg Lebendgewicht; Läufer 26—32, Ferkel bis 4 Wochen 12—16, über 4 Wochen 18—24 M je Stück.

Schweinepreise, Biberach: Ferkel 18—28, Käufer 50—60. — Niederletten: Saugschweine 17—25. — Oberletten: Milchschweine 15—25. — Wangen i. N.: Ferkel 15—20 M.

Fruchtpreise, Biberach: Gerste 9,60—9,70, Haber 6,50—8,20, Kern 14—14,30, Weizen 12—12,50, Weizen 9,50—9,70, Roggen 9. — Wangen i. N.: Haber 8,25—8,75, Gerste 11,25—11,75, Weizen 13,75—14,25 M.

Beihwechjel. Das Seefische Anwesen (Firma Landerer) in Heildronn in der Kaiserstraße ist zum Kaufpreis von 100 000 Reichsmark an die Firma Herrmann Jügel verkauft worden. Der Verkauf steht wohl mit Vergrößerungsplänen der Firma Jügel, deren Verkaufsräume sehr beengt sind, in Zusammenhang.

Die ehemaligen Kaiserlichen Fabrikantinnen beim „Rappen“ in Schramberg gingen durch Kauf um den Preis von 30 000 M. in den Besitz von Eug. Herzog, Bienenzuchtgerätfabrikation, über.

Wetter

Über Mitteleuropa liegt ein schwaches Hochdruckgebiet, ein stärkeres über Skandinavien, während sich bei Island eine kräftige Depression zeigt, die allmählich an Einfluß gewinnen dürfte. Für Samstag und Sonntag ist vorerst noch zeitweilig aufheiterendes und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Um zu räumen, bringe ich einen Posten meiner bekannt guten **Kinder-Spangen- u. Halbschuhe** in den Größen 27 bis 35, farbig, schwarz und Lack **besonders billig** zum Verkauf.

Die Schuhe sind im Laden extra zum Auswählen bereitgestellt. Versäume niemand diese günstige Gelegenheit, jetzt schon den Bedarf für Frühjahr zu decken im

Schuhgeschäft Karl Hammer
Telephon 572

Wir geben hiemit bekannt, daß unser gemeinsamer **Inventur-Verkauf** vom Samstag den 17. bis einschl. Samstag den 31. Januar stattfindet. Nie zuvor hatten Sie Gelegenheit, reguläre und wirklich gute **Qualitäts-Schuhwaren** so günstig zu kaufen, da wir den heutigen Verhältnissen Rechnung tragend, unsere Preise ganz außerordentlich herabgesetzt haben.

Besichtigen Sie bitte unsere Schaufenster und nützen Sie diese günstige Gelegenheit, die sich nicht gleich wieder bietet

Schuhhaus Bott-Seydelmann
Schuhhaus Lutz

Inventur-Verkauf
vom 17. bis 31. Januar 1931

mit bedeutenden Preisermäßigungen

Schuhhaus Wilhelm Treiber
Hinter dem Hotel Klumpp

Das Schwimmbad Freibank
ist am Samstag und Sonntag geöffnet

Zwangsversteigerung.

Am Samstag den 24. Januar 1931, vormittags 9 Uhr, kommen im Wege der Zwangsvollstreckung in Nonnenmühl gegen Barzahlung zur Versteigerung

zirka 40 Zentner Heu.

Zusammenkunft an der Kraftposthaltestelle.
Gerichtsvollzieher Lauber.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsveranlagung 1931.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind in der Zeit vom 1. bis 16. Februar 1931 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vordruck zugesandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz und Umsatzsteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vordrucke vom Finanzamt anzufordern.

Neuenbürg, im Januar 1931.

Das Finanzamt.

Hausfrauenverein Wildbad.

Am Samstag abend 8 1/2 Uhr hält im Hotel Lamm Herr Dr. Lehmann, Chemiker aus Berlin, einen Vortrag **Thema: Was die Hausfrau über angebliche Gifte, giftfreie Heilweisen und sogenannte Ernährungsreformen wissen muß.**

Wir laden alle Hausfrauen zu recht zahlreicher Beteiligung ein. Eintritt auch für Nichtmitglieder frei.

Im Auftrag sind **2 gebr. Ueberzieher** gegen Barzahlung zu 8 Mark zu verkaufen
Wilhelmstr. 80 II.



Heute abend 8.30 Uhr **Spielerziehung im „Schwarzwaldhof“** (kleines Nebenzimmer). Die Spielleitung.

Schreibmaschinen
nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei **GESCHW. FLUM**
Buch- und Papierhandlung.

Flasche RM. 2.—
la. Medizinal-Lebertran
in Fl. à RM. 0,55, 0,90, 1,30, 1,90
Eberhard-Drogerie

Freibank
Ab Samstag vormittag 8 Uhr, junges fettes **Farrenfleisch**
Pfund 70 Pfennig

Garantiert 31. Januar

in jedem Unternehmen
zu jedem Namenstag ein Glücklos!

Geld-Lotterie
Kirchenbau Klein-Söben
2167 Geldgew., u. 1 Prämie Mk

12500
Höchstgewinn Mark

6000

Loose zu 2 Mk., 12 Lose 12 Mk.,
Porto und Liste 30 Pfg. mehr

J. Schweickert
Stuttgart, Marktstraße 6
Postcheckkonto Stuttgart 2055
Hier in all. Verkaufsstell.

Während meines **Inventur-verkauf** selten günstige Kaufgelegenheit:
Arbeitshosen
Samthosen
Ausgehosen
Kammgarnhosen
Schihosen
Sporthosen
Knickerbockerhosen
Sportwesten
Schiwesten
Winter-Lodenjoppen
Adolf Stern
Wilhelmstr. 11